

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Inseratbeilage Leben, Wissen, Kunst (mit der Frauen- und Jugendbeilage einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—, Einschluß tagl. mit Anzeigen der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Poststraße 14, II. Etz. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Verlagsdirektor: Gr. Poststraße 14. Etz. 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden bis 6 Uhr morgens mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Beiratsangehörige 25 Pf. Inserate müssen bis frühestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 137.

Dresden, Montag den 17. Juni 1912.

23. Jahrg.

Die Erbschaftsteuerfrage.

Die Leipziger Zeitung, das offizielle Organ der sächsischen Regierung, nimmt in einem Leitartikel zu der Erbschaftsteuerfrage Stellung. Durch den Beschluß des Reichstages, der die Einführung einer Reichserbschaftsteuer verlangt, ist ja die Frage in hohem Grade aktuell geworden. Allerdings weiß man vorläufig nicht, wie die kommende Erbschaftsteuer eigentlich aussehen soll. Und die Parteien, die im Reichstag für die Erbschaftsteuerresolution eingetreten sind, haben sich dabei sehr verschiedenes gedacht. Wiederholt ist vorgeschlagen worden, eine Reichseinkommen- oder eine Reichsvermögenssteuer einzuführen, was natürlich auch die Sozialdemokratie fordert. Aber dagegen haben sich die Regierungen der Einzelstaaten immer lebhaft gestäubt. Auch die sächsische Regierung will von solchen Steuern offenbar nichts wissen. Nachdem das Reich fast alle indirekten Steuern in sich in Anspruch genommen habe, müßten sich, so führt die Leipziger Zeitung aus, die Einzelstaaten die unbeschränkte Verfügung über Einkommens- und Vermögenssteuern vorbehalten. Nun ist an sich gar nicht einzusehen, warum nicht das Reich und die Einzelstaaten nebeneinander Einkommens- oder Vermögenssteuern erheben sollten. Die Bundesstaaten könnten doch nach Bedarf Zuschläge zu einer Reichseinkommen- oder Vermögenssteuer erheben.

Selbstverständlich würde die Einführung einer Reichseinkommen- oder Vermögenssteuer dazu führen, daß im ganzen bedeutend mehr direkte Steuern gezahlt werden müßten als bisher. Und darüber würden die Leute von Besitz und Bildung nicht wenig saure Gesichter schneiden. In den wichtigsten deutschen Einzelstaaten, besonders in Preußen und Sachsen, werden die Mitglieder der Landesparlamente nach einem Wahlrecht gewählt, das den bestehenden Klassen ein hohes Übergewicht gibt. Und diese Parlamente dürften verdommt wenig Lust haben, wenn schon Einkommen- oder Vermögenssteuern für das Reich gezahlt werden müssen, auch noch hohe Steuerzuschläge für das geliebte Spezialparlament zu bewilligen. Beim Geldbeutel würde in den Einzelstaaten die oft getriebene Opferwilligkeit unserer patriotischen und Altaristien genau so aufhören wie bei den Schwarzblauen im Reichstage. Die Regierungen müssen daher befürchten, daß sie bei der Feststellung ihrer Einsätze nach Einführung einer Reichseinkommen- oder Vermögenssteuer auf die allergrößten Hindernisse stoßen würden. Daher die Ablehnung der Regierungen gegen eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer.

Schon während der Reichsfinanzreformkämpfe im Jahre 1909 ist von agrarischer Seite der Vorschlag gemacht worden, die Matrilinearbeiträge zu erhöhen und die Einzelstaaten zu der Aufbringung der von ihnen so zu zahlenden Summen Erbschaftsteuern einzuführen. Wie diese Erbschaftsteuern zu gestalten seien, sollte den Einzelstaaten überlassen werden. Ein solcher Plan. Die Entscheidung über die Erbschaftsteuern würde aus dem Reichstage in die Landtage verlegt werden, würde aus dem Reichstage in die Landtage verlegt werden, würde aus dem Reichstage in die Landtage verlegt werden.

Lösung der Erbschaftsteuerfrage ist die sächsische Regierung. Begreiflicherweise dürfte doch die Folge sein, daß die großen Schwierigkeiten, die das Reich bei der Lösung von Steuerfragen zu überwinden hat, nun in den Einzelstaaten entstehen. Dafür bedankt sich die sächsische Regierung. Dieser Weg wäre, so meint die Leipziger Zeitung, in gewissem Sinne noch bedenkllicher als der erste, weil er es dem Reichstage nur allzu bequem machte, Erhöhungen des aufzubringenden Steuerbedarfs zu beschließen, ohne das mit der Art der Aufbringung verbundene Odium auf sich zu nehmen.

Auch gegen eine bloße Erhöhung der Matrilinearbeiträge ohne Bevormundung der Einzelstaaten wendet sich die Leipziger Zeitung. Sie zitiert einen Ausspruch des Berliner Staatsrechtslehrers Bornhak, der über die Erhöhung der Matrilinearbeiträge gesagt hat:

„Erlöshie Matrilinearbeiträge sind gegenüber direkten Reichsteuern eine anständigere Form. Sie entsprechen umfassen der Aufhebung einer solchen Steuer, damit die Einzelstaaten sich selbst umbringen. Hat das Reich sie durch direkte Reichsteuern ersetzt.“

Nachdem die Leipziger Zeitung sich gegen eine Lösung der Erbschaftsteuerfrage durch Einführung einer Reichsvermögens- oder Einkommenssteuer, oder die Erhöhung der Matrilinearbeiträge entschieden ausgesprochen hat, kommt sie zu dem Schluß, daß nur die Ausdehnung der Reichserbschaftsteuern in Frage kommen könnte. Das Blatt schreibt:

Nun könnte gefragt werden: Ja, wie soll die Erbschaftsteuer gelöst werden. Wenn weder direkte Reichsteuern, noch direkte Landessteuern für Reichszwecke, noch eine Erhöhung der Matrilinearbeiträge, noch ihre veränderte Umlegung in Frage kommen? Die Antwort lautet einfach: Durch eine indirekte Reichserbschaftsteuer, mit anderen Worten, durch eine Steuer, die das Vermögen trifft, und zwar das bewegliche nicht minder als das unbewegliche, die aber keinerlei Vermögen nicht in Form einer fortlaufenden, terminweise zahlbaren Abgabe trifft, sondern in der Form einer Auflage, die sich an bestimmte Vorgänge anknüpft. Hierfür kann aber lediglich der Ausbau der Reichserbschaftsteuern in Frage kommen. Dabei wird selbstverständlich das Ziel sein müssen, diese Steuer gerecht auszugestalten und durch geeignete Vorschriften dafür zu sorgen, daß das mobile Kapital nicht durch die Wachen des Gesetzes schlüpfen kann. Für solche Vorschriften praktische, vorbereitende Mitarbeit zu leisten, sollten alle Parteien als eine ihrer wichtigsten finanzpolitischen Aufgaben betrachten.“

Die sächsische Regierung ist also der Ansicht, wenn man einmal in den lauren Äpfel einer Reichserbschaftsteuer geiffen werden muß, so sei einer Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer der Vorzug zu geben. Dabei dürfte sie vor allem der Gesichtspunkt leiten, daß eine Reichserbschaftsteuer schon besteht und die Einzelstaaten sowieso bei der Gestaltung der Erbschaftsteuer nicht mehr freie Hand haben.

Aberdings wird man sich darüber hüten müssen, aus dem Artikel in der Leipziger Zeitung den Schluß zu ziehen, daß die sächsische Regierung auch wirklich energisch für die Erbschaftsteuer eintreten wird, wenn es zum Klappen kommt. Hat man es doch so oft erlebt, daß unsere deutschen Regierungen vor dem Jorn der Mittel und der Heiligen zusammengetrückt sind wie die Laichmesser.

Die Hauptfrage ist übrigens, wie gegebenenfalls die

kommende Reichserbschaftsteuer vorzulegen ansetzen wird. Wird man nur anstandslos eine Steuer vorschlagen, die nichts Nennenswertes einbringen würde und niemand wehmen könnte, oder eine Steuer, die wirklich zu Buche schlägt und es ermöglicht, den Volksmassen wenigstens die eine oder die andere der so schwer drückenden indirekten Steuern abzugewöhnen?

Jedenfalls wird man es als einen Erfolg der Reichstagswahl ansehen müssen, daß eine deutsche Regierung sich genötigt sieht, für die Ausdehnung der Erbschaftsteuer Stellung zu nehmen.

Deutsches Reich.

In viereinhalb Monaten brauchbarer Soldat.

Bestige Kämpfe mußten im Reichstage geführt werden, ehe die Militärzeit im deutschen Reich wenigstens für die Infanterie von drei auf zwei Jahre herabgesetzt wurde. Gegen eine weitere Herabsetzung der Dienstzeit wurden von den militärischen Fachleuten alle möglichen Bedenken geltend gemacht, und die Hinweise auf die Einjährigkeit, auf die Schweizer Miliz und auf das Ausland überhaupt konnten die Mehrheit des Reichstages nicht bestimmen, den weitergehenden Anträgen der Sozialdemokraten zuzustimmen.

Nun bringt das Deutsche Offiziersblatt, in dem schon im November 1909 die Leistungen der Schweizer Miliz sehr anerkennend besprochen wurden, aus der Feder eines deutschen Generalstablers einen Artikel, dessen Kern die konservative Volk als einen „besonders beachtenswerten Vorschlag“ charakterisiert und in dem nicht mehr und nicht weniger als die 4 1/2 monatige Dienstzeit für einen Teil des deutschen Heeres verlangt wird; allerdings, um es gleich zu sagen, nur für die Ersatzreserve. Aber der Hauptmann Wegell vom Generalstabe, behauptet in seinem Artikel, den Ersatzreservisten in der Zeit von 4 1/2 Monaten zu einem hinreichend geschulten und brauchbaren Infanteristen machen zu können! Und darauf kommt es an. Er schreibt wörtlich:

„Soll die erstbesprochenen Einstellung in die vorherste Linie erreicht werden, so muß die Ausbildungszeit des Ersatzreservisten so gestaltet werden, daß es möglich ist, ihn zu einem hinreichend geschulten und im Rahmen der zweijährigen Stammmannschaften auch brauchbaren Infanteristen zu machen. Dies Ziel scheint mir durch eine 4 1/2 monatige Sommer-Ausbildung erreichbar. Die im Herbst eintretenden Rekruten sind beim Ausbruch eines Krieges im März auch nicht älter.“

Auch hinsichtlich der Gelbmittel, die zu dieser Referendärausbildung nötig sind, weicht sich der Verfasser des Artikels zu helfen. Um den Heeresetat hierfür nicht in Anspruch nehmen zu müssen, macht er folgenden Vorschlag:

„Die Rekruten der nicht berittenen Truppen (rund 280 000) werden, anstatt am 1. Oktober, am 1. November und die der berittenen Waffen, anstatt am 1. am 8. Oktober eingestellt. Es würden hierdurch rund 280 000 × 20 + 80 000 × 6 = rund 4,8 Millionen Verpflegungslage erspart und in der Lage sein, rund 88 000 Mann für 140 Tage oder 4 1/2 Monate einzustellen. Diese jährliche Wehrerleichterung von 88 000 Mann hat auch volkswirtschaftlich keinerlei Bedenken, da der Verdienst für die

Die Ausstellung der Konsumvereine.

Zugleich mit dem in Berlin stattfindenden Genossenschaftstag sind die deutschen Konsumvereine in der festlich ausgestatteten Halle des Berliner Kongresshauses Glau in der Bauerstraße mit einer sehr beachtenswerten Ausstellung ihrer Einrichtungen und ihrer Warenbezeugnisse vor die Öffentlichkeit getreten, die herabdes Zeugnis ablegt vom Wirken und Streben der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.

Erstaunliche Zahlen und interessante Angaben über die Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung trägt der Sekretär Lorenz in seiner Eröffnungsrede am Sonnabend den Ausstellungsbesuchern vor. Er knüpfte daran die Bemerkung, daß man annehmen sollte, jehermann müßte solche Bestrebungen billigen, die zur Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung wesentlich beitragen, denn 80 Proz. der Konsumvereinsmitglieder gehören dem Arbeiterstande an. Doch auch dieser wirtschaftlichen Bewegung erwachsen viele Schwierigkeiten. Abgesehen von der Verkümbung wurde ihr die Gesetzgebung, insbesondere die Steuererleichterung entgegen. Das Märchen von der Steuerfreiheit der Konsumvereine werde am besten dadurch illustriert, daß 111 Vereine jährlich 2 Millionen Mark Umsatzsteuern zahlen müßten. Danach würde die segensreiche Wirksamkeit der Konsumvereine nicht unterhanden werden, die hier in der Ausstellung ein Zeugnis ablegt vom Wirken und Streben der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.

In der Ausstellung selbst lenkt die der Seifenfabrik in Riesa das Hauptinteresse auf sich, die endlich nach langwierigen Kämpfen mit sächsischen Behörden und mit kurzfristigen Gegnern der Konsumvereinsbewegung errichtet werden konnte. Eine in hübscher Form verarbeitete erbaute riesige Pyramide aus den in der Fabrik hergestellten Seifen gibt Auskunft über die Leistungsfähigkeit dieser Eigenfabrikation. Maschinen zeigen die Herstellung. Siebelfest mit einem Konsumvermögen bis zu 80 000 Litern können ungeheure Quantitäten Seifenfabrikate herstellen. Im Jahre 1910 allein wurden 10 Millionen Kilogramm produziert. Und in einem trefflich ausgestatteten Tischmodell sehen wir die Gebäude der Fabrik und deren

großen Hintergelände, auf dem noch viel Platz für Neubauten vorhanden ist. An den Wänden hängende Photographien geben die Arbeitsräume und Einrichtungen der Fabrik wieder.

In der „pyramidalen“ Darstellung ihrer Leistungsfähigkeit ist der Berliner Konsumverein in Konkurrenz getreten. Eine hohe, mit knusprigem braunem Weißbrot befüllte Pyramide zeigt uns die tägliche Produktion von 150 000 Stück dieser Semmeln für die Mitglieder in Berlin.

Neben der Seifenfabrik präsentiert sich der Zentralverband deutscher Konsumvereine und dessen Verlagsschankel und die Großverkaufsgesellschaft in sächsischer Ausstellung. Graphische Darstellungen bieten hier leichte und gute Uebersicht über den Umsatz, die Warenbestände, die Werte des Grundbesitzes, die Geschäftsanteile, Erträge und Abat der Verbändevereine, und über die Entwicklung der Unterhaltungsstelle des Zentralverbandes. Die Ausstellung der Verlagsschankel gewährt Einblick in die kaufmännische Abteilung, die Versicherungsabteilung und die technischen Betriebe. Buchdruckerei und Buchbinderei, Papierfabrik, Elektrikwerk, Reparaturwerkstatt sind die technischen Eigenbetriebe des Zentralverbandes, über deren beschäftigte Personen und ihre Tätigkeit genauere Angaben gemacht sind.

Die Großverkaufsgesellschaft bringt eine Ausstellung ihrer Waren. An vielen Sorten wahren Kaffees, von dem im letzten Jahre 1 687 081 Kilogramm in der eigenen Kaffeerösterei gebrannt wurden, ist das Herkunftsländ bezeichnet, und im Modell sieht das folgende Geschloß, das überfeine Produkte den deutschen Konsumvereinsmitgliedern herüberbringt. Tee, Zucker, allerhand Wählensfabrikate, Konsekven, Balsam und viele andere Sachen werden dem Besucher in appetitlicher Ausstellung dargeboten.

Eine Einzelbesprechung der durchweg vortrefflichen Ausstellung der einzelnen Vereine müssen wir übergehen. Sie alle zeigen in ihren interessanten Darstellungen der Entwicklung und ihrer Einrichtungen, was die Organisation der Konsumvereine zu leisten vermögen.

Erwähnt mag noch werden, daß auch eine Reihe Produktgenossenschaften mit ihren Fabrikaten auf der Ausstellung sehr nett vertreten ist, so die rheinisch-westfälische Holzindustrie aus

Barmen, die Schneidergesellschaft „Kosnung“ aus Berlin, die Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik „Fortschritt“ aus Altona, die Genossenschaftsbackfabrik aus Eppendorf, die Tabakarbeitergenossenschaft aus Rorbhausen und aus Burgsteinfurt.

Großes Interesse erregt das in natürlicher Größe vorhandene Modell einer Berliner Kellerbäckerei. Mit einer gewissen Scheu betreten wir diesen unheimlichen Raum. Vom rechts der rohgebackene Backofen, der den Backstein ähnelt, die im Jahre 74 n. Chr. in Pompeji von den alten Römern zum Backbrot benutzt wurden. Er besteht, genau wie die setzerzeit in Pompeji ausgegrabenen Backöfen, aus einem kleineren Gewölbe mit demunterliegenden Herd. Geheizt wurde dieses Ofen durch ein offenes, in den Ofen gedrücktes Holzfeuer. Nachdem Herd und Gewölbe auf Wadtemperatur erwarmt waren, wurden Weizen und halberbackene Holzstücke vorn aus dem Ofen gezogen, wobei eine große Wolkenswolke entstand. Die durch das Ofeneingehen und das Feuer entstehende Staubwolke schlägt sich bei dem heute noch im Kleinbetriebe befindlichen Ofen auf das in der Backstube vom Reodnen lagernde Brot nieder, und muß wohl oder übel von dem Konsumvereinsmitglied entfernt werden. Die letzten Reste von Weizen werden bei diesem Backofensystem durch einen nassen, an einem langen Stiel gebundenen Sod vom Herd entfernt. Auch dieses uralte Werkzeug findet sich noch in der hier dargestellten Kellerbäckerei. Doch das wäre noch längst nicht das Schlimmste. Auf schmuckiger Stellege vorn am Kellerfenster liegt fertige Backware, und weiter rechts in einem anschließenden Räume stehen die schmutzigen Rnetische mit darunter befindlichen Wehlfassen, auf dem der Böder mit den Händen dem Teig zubereitet. Eine schmale Stiege führt nach oben. Dahinter eine vom Arbeitsraum nicht abgeschlossene Kammer — der Schlafraum des Bäcklers, den Tisch und Stuhl und eine Feldbestelle mit unzuverlässig, nicht gemachtem Bettel steht! Der Fußboden starrt der Schmutz. Ein Knäuel des Hells! Doch bitte, dieses Modell ist keine phantastische Kombination. Es ist eine der Wirklichkeit nachgebildete Bäckerei, die erst vor ganz kurzer Zeit außer Betrieb gesetzt wurde.

Wir wenden uns mit Abscheu von dieser nach Kellerbau stehenden muffigen Luft, die wirklich geeignet ist, den vielleicht vergessenen